

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Am 14. November
zur Stadtverordnetenwahl
hat die SPD.
in Dresden
Liste 1

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Stadtverwaltung

Abonnementspreis einschließlich Porto mit den wöchentlichen Beilagen: 30 Pf., die 30 mm breite Beilagezeitung 1.50 Pf., für auswärtige Abnehmer 2.00 Pf., und 2 Pf. Familienabonnenten. Stellen- und Verlagspreise 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 10 Pf.

Verlagsleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2321. Rundfunk: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2321 und 1270. Geschäftszeiten: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2321 und 1270. Geschäftszeiten: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2321 und 1270. Geschäftszeiten: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2321 und 1270.

Abonnementspreis. Grundpreise: die 30 mm breite Beilagezeitung 1.50 Pf., die 30 mm breite Beilagezeitung 1.50 Pf., für auswärtige Abnehmer 2.00 Pf., und 2 Pf. Familienabonnenten. Stellen- und Verlagspreise 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 10 Pf.

Nr. 261

Dresden, Montag den 8. November 1926

37. Jahrg.

Hic Rhodus - hic salta!

Reuter November, Gedanktag der Revolution.
Ein Festtag?

Die elend erniedrigenden Tageskämpfe um Brot und Luft und Licht lassen die deutsche Arbeiterklasse nicht zu Atem, nicht zu gemächlicher Befinnung kommen.

Warum auch heute feiern, wenn die Not im Heim hoch, wenn die Kürzlichkeit und die Unsicherheit der Existenz das Gemüt belasten, den Geist bedrücken. Die erhebenden Tage der Revolution sind ja längst vorbei, beinahe eine Sage...

Was blieb denn von ihr? Brachte sie Erlösung? Was spüren wir heute noch von den Segnungen der Revolution?

Nichts leichter verständlich als solche bittere Fragen. Und bei dem Hungern und Darben, ja bei dem Proletariat begleitet: konnte es nicht besser gemacht werden?

Revolutionen zu verstehen ist wohl nicht schwer — wenn man sie als Unbeteiligter rückwärtig betrachten kann. Aber die deutsche Revolution zu begreifen, wenn man selbst mit Hand und Fuß an der Revolution teilgenommen hat, das ist eine andere Sache. Die Revolution hätte auch sozial einen Schritt vorwärts machen können.

Das ist es: politische Rechte sind herrlich und schön, aber sie machen nicht satt. Und was nützt mir das gleiche Wahlrecht, wenn ich hungrig bleibe?

Hunderttausende, ja Millionen sind gezwungen, diese Frage zu stellen, denn sie sind arbeitslos, Kurzarbeiter, oder waren schlepplang lange beschäftigungslos, oder werden es morgen sein. In hungrigen Magen Eingang finden nur Zuppenlohn mit Hungergründen.

Welch eine Lehrzeit für die Arbeiterklasse — diese acht Jahre freie Republik der Welt! Das schaffende, nichtbesitzende Volk erlangte sich 1918 die politische Demokratie, das Recht, die Politik unter gleichberechtigter Anteilnahme aller zu bestimmen. Das müssen wir im Grunde genommen als ein selbstverständliches Recht anerkennen. Aber es war es nicht. In den großen Weststaaten war die demokratische Mitbestimmung des Volkes schon traditionelle Gewohnheit. Das Bürgerrecht hatte seinen Bürgerstaat. In Deutschland füllte sich das Bürgerrecht nur seine Scheinräume, ließ aber Krone und Junker allein und oft gegen das Bürgerrecht regieren — weil ihm Krone und Junkerstaat ein williges, ausbeutungsfähiges Proletariat niederhielten. Es ist so falsch und einseitig, die Fürsten für all das schmutzvolle alte Regiment allein verantwortlich zu machen. Die Hauptlast an der gigantischen Gewalt der Fürsten trug das machtverzichtende Bürgerrecht. Und als die Verdrängung 1918 zusammenbrach, konnte nichts anderes erliegen als eine rein politische Demokratie, ein Bürgerstaat ohne sozialen Inhalt. Es war einfach das Nachklappen dessen, was schon 1848 bei der verdorbenen halben deutschen Revolution hätte geschehen müssen.

Nun aber haben wir ihn doch, den demokratischen Bürgerstaat. Das ist nichts Kleines. Der Schaffende wurde freilich nur politisch „Bürger“, jedoch sozial blieb er her-

umgeworfelter Arbeiter, und wirtschaftlich blieb er ausgebeuteter Proletarier. Sein Schicksal bestimmt noch immer der Besitz, heute bestiger denn je!

Und jetzt die zwingende Lehre für den Arbeiter: wer soll dich sozial befreien? Das Bürgerrecht? Nein, seine Besitzinteressen diktiert ihm das Gegenteil. Das Bürgerrecht bleibt nur Bürgerrecht, wenn es den Besitz der Produktionsmittel im Privatthum mit Gewalt und List aufrecht erhält, also die Ausbeutung verewigt. Das Proletariat muß sich sozial selbst erlösen! Welch alte Wahrheit, welche einfache Lehre! Sie bleibt neu und zwingend, solange die Mehrzahl des schaffenden Volkes noch nicht in ihrer sozialen Organisation, noch nicht in ihrer politischen Partei organisiert ist. Mit Stentorstimme müßte man es am Revolutionsgedenktage in die Masse schreien können: organisiert euch sozial und demokratisch, sozialdemokratisch! Nur dann habt ihr ein Recht, anzufrieden mit dieser politischen Republik zu sein, die noch keine soziale ist. Eure Kraft ist es, die zum Erfolg des Ringens fehlt. Die Organisation zur Erklämpfung der sozialen Macht ist da, die Massen ihrer Kämpfer sind noch nicht zahlreich genug. Und gewisse verblendete und fanatisierte Kreise erschöpfen ihren Will und ihre „Tätigkeit“ in Kritik, Schmähungen und radikalem Theaterdonner. Sie schwächen das kämpfende Proletariat und fallen ihm immer wieder in den Arm. Der soziale Machtkampf kann nicht nur auf ein bequemes Rezept, sei es „Diktatur“ oder „Koalition“, hinarbeiten, sondern ist ein hartes, langwieriges, prinzipiell „Luft sein lassen. Bald ist die eine, bald die andere Taktik vorteilhafte Notwendigkeit. Die deutsche Sozialdemokratie muß sich für fähig halten, jede Taktik auszuüben zu können, einmal die soziale Kampfkraft zu schonen und sie vor Schwächung zu bewahren, das anderemal sie mit aller Wucht und Energie schonungslos anzuwenden. Der Stärkung der proletarischen Kampfkraft hat beides zu dienen.

In übrigen: solange die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse umfaßt — und anders könnte sie überhaupt nicht einen Tag bestehen —, kann die Sozialdemokratie gar nicht anders als kämpfen für die Sozialisierung der Produktion, kann sie niemals die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Besitzlosen vertreten, kann sie sich nun und nimmer aus dem Verband der internationalen Sozialdemokratie lösen, erfüllt also alle Bedingungen als soziales Befreiungsinstrument. Solange große Teile des schaffenden Volkes noch abseits stehen oder gar die Sozialdemokratie bekämpfen, zerfallen, so lange ist der soziale Endkampf verlohnen, so lange bleibt die deutsche Republik eine nur politische.

Wann lernt die Arbeiterklasse als Gesamtheit, die politischen Rechte für sich zu nutzen? Die politische Demokratie hat doch den Weg zum sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse freigemacht. Was hindert die Arbeiterklasse, die an die achtzig Prozent des Volkes ausmacht, durch einfache Benützung der politischen gleichen Rechte morgen schon zur Macht zu gelangen? Nichts als ihre Uneinigkeit, nichts als ihr fehlender geschlossener Wille,

nichts als ihre Splitter selbst. Seine Kämpfe im deutschen Volk sind niemals so erbittert geführt worden wie die achtjährigen proletarischen Bruderkämpfe in dieser freien demokratischen Republik. Diese schmerzliche Bruderkampfeperiode ist von dem genialsten politischen Seher und Wissenschaftler Karl Marx schon vor einem dreiviertel Jahrhundert vorausgesehen worden — und wir alle wußten es seitdem. Nur dünkten uns diese acht Jahre so entsetzlich lang, so daß die Frage zwingend wird: wann fñhrt sich das heutige „Rhodus“, wann erfolgt das proletarische „salta“?

Karl Marx legt 1862 im „Achtzehnten Brumaire“ das Wesen der Revolutionen dar und sagt von den bürgerlichen, sie seien rasch und kurz, weil das Bürgerrecht schon die wirtschaftliche Macht vorher errungen habe und nur die politischen Rechte noch dazu erobern brauche. Die proletarische Revolution hingegen ist die soziale Revolution, in der die nichtbesitzende Klasse mit Hilfe der politischen Rechte und der politischen Macht die soziale Gleichberechtigung und die wirtschaftliche Mit- und Selbstbestimmung erst erobern müsse. Und also erschaute Marx:

„Proletarische Revolutionen bewegen kritischeren Verstand sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das schreckliche Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbarmlichkeiten ihrer ersten Verluste, schenken ihren Gegnern nur niedergeratenen, damit er neue Kräfte aus der Erde lauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, sprechen fort von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation erschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta.“ (Der ist Rhodus, hier springe, das heißt: hier ist der Kampfplatz, hier ist die Mause)

Diese Sätze sind — eine entsetzliche Gewißheit! — vor 74 Jahren für unsere Tage geschrieben, denn wir erkennen aus ihnen die „Halbheiten, Schwächen und Erbarmlichkeiten“ unserer Zeit, oder genauer: unserer proletarischen Gesamtbewegung.

Auf „Rhodus“ brauchen wir nicht mehr zu warten, die kapitalistische Entwicklung hat gerade aus Deutschland den reifen Kampfplatz für die soziale Entscheidung gemacht. Hier gilt es das „salta“, hier muß sich die Fähigkeit des schaffenden Volkes erweisen und bewahren, aus seiner schneidenden Not die Tugend der Tauglichkeit zur sozialen Selbstbefreiung zu gewinnen.

Nicht freiwillig führt die Arbeiterklasse den weltgeschichtlichen sozialen Kampf. Er ist ihr von den ehern Gesetzen der Entwicklung zugewiesen. Er kann nur siegreich sein, wenn er tiefes Erkennen die kämpfenden Scharen leitet. Der heute zu feiernde Revolutionsgedenktage, das beinahe letzte äußere Zeichen des ersten sozialen Machtkampfes, könnte vom deutschen Proletariat nicht eider befangen werden, als wenn es sich in seinen weiten Schichten mit der Erkenntnis und dem Willen durchdränke — Hic Rhodus, hic salta —, auf dem sozialen Kampfplatz durch soziale Kampfkraft Meister und Herr zu werden! Paul Hennig.

Das Attentat — ein Schwindel!

Die neuesten Beschlüsse des römischen Ministerrates lennen die faschistische Italien als den Staat des Terrors. Alle nichtfaschistischen Parteien wurden aufgelöst, alle nichtfaschistischen Blätter wurden verboten. Todes- und Zuchthausstrafe für die Bekämpfung des Faschismus. Während man so tut, als „schütze“ man sich gegen „Attentate“, rast die faschistische Bestie über das Land. Es wird geplündert, gebrandet, abgetötet, gemordet — die oft angekündigte „Bartholomäusnacht“ ist seit einer Woche in vollem Gange und, wie der feineswegs faschistenfeindliche Korrespondent der „Genbergpost“ in Rom ausdrücklich hervorhebt, löst Mussolini diesmal keine Forderungen ruhig gewähren, während er sich bei früheren Anlässen wenigstens den Anschein gegeben hatte, als verurteile er jede Repressalie.

Vermutlich hat in Bologna überhaupt kein Attentat stattgefunden, sondern es ist in der Dämmerung ein Knall gehört worden, der vielleicht von dem Motor oder dem Reifen eines Kraftwagens herrührte. Daran ist eine Panik entstanden. Ein junger Mann in Faschisten-tracht, der bei dem Vorbeifahren des Wagens Mussolinis den Faschistenangriff leitete, ist für einen Revolververrückten gehalten worden, und die seit Monaten in einen Zustand patriotischer Erregung versetzte Menge hat ihn sofort getötet. Da dieser schändliche Vorgang nicht mehr zu-gut-machen war, hat Mussolini nachher erzählt, die Stugel hätte das Band seines Mantelfordens zerrissen. Es ist aber charakteristisch, daß man diese Einzelheit, die einzige, die

dafür sprechen könnte, daß man tatsächlich auf ihn geschossen hat, erst nach 12 Stunden mitteilte, und zwar in drei verschiedenen und sich völlig widersprechenden Varianten.

Wie sehr man berechtigt ist, Zweifel an der offiziellen Attentatsversion zu hegen, ergibt sich aus der gleichzeitigen Aufdeckung des ungeheuerlichen Garibaldi-Faschisten-Damit ist bewiesen, daß Mussolini „Attentate“ gegen sich selbst mit staatlichen Geldern inszenieren läßt. Man ohnte es schon seit der trüblichen Janiboni-Tmaglio-Affäre, die dem-nächst vor ein „ordentliches Gericht“ kommen sollte und die man nun aus guten Gründen dank der rückwirkenden Kraft des neuen Terrorgesetzes dem faschistischen Sondergericht überweisen Terror.

Jetzt sind alle Zweifel an dem wahren Wesen der bres-berigen „Attentate“ auf Mussolini verschwunden. Jetzt weiß man auch, daß der angebliche Anschlag in Bologna für Mussolini nur der gewünschte Vorwand war, um seine Zurechnungsherrschaft uneingeschränkt und „legalisiert“ zu er-richten. Sie ist, wie überhaupt jeder Terror, nur der Aus-druck einer inneren Unsicherheit. Je prekärlicher der Faschi-mus sich gebärde, desto schwächer fühlte er sich. Augen-politisch isoliert, innenpolitisch verachtet, wirtschaftlich un-wertlos, stützt er sich nur auf die physische Gewalt der faschistischen Pajonette und Knüppel. In dieser Situation hat Mussolini zu seinem neuen großen Schloß ausgehakt! Er verlinket den staatlichen Terror und ernennet sich selbst zum Innenminister, um ihn persönlich durchzuführen. Rän-fig werden die faschistischen Forderungen unter dem allerhöchsten

Schutz Mussolinis stehen und ihre Verbrechen ohne staatliche Gegenwehr verüben können!

Jeder Faschist zum Henker ermächtigt

D. Berlin, 8. November. (Eig. Funkdruck.) Alle Nach-richten, die aus Italien durchdringen, beweisen, daß dort der furchtbare Terror gegen alle herrscht, was sich nicht mit Haut und Haaren dem Faschismus verschrieben hat. Der faschistische Imperator fordert offen auf, den ehemaligen Ministerpräsidenten Nitti als „Feind des Vaterlandes“ auf Grund des neuen Gesetzes zum Tode zu verurteilen und jeden italienischen Staatsbürger zu ermächtigen, das Todesurteil zu vollziehen. Die letzten Verhaftungen von Angehörigen nicht-faschistischer Parteien bezeugen sich in den letzten Tagen auf viele Hunderte. Die Mailänder Polizei will ein Faschistenbuch des an-geblichen Attentäters von Bologna gefunden haben — vielleicht ein fabriziertes.

Mussolinis Ober-Polizeispigel

P. Paris, 8. November. (Eig. Funkdruck.) Je mehr die Unterdrückung über die Zusammenhänge zwischen dem Polizeispigel Garibaldi und der römischen Polizei Mussolinis fortschreitet, um so bestiger wird der Ton der politischen Presse. Selbst die Blätter der Rechten halten mit einer scharfen Kritik an den Mandatieren Mussolinis nicht zurück und betonen, daß Frankreich unter keinen Umständen dulden könne, daß auf seinem Boden Verbrechen ausgeübt werden, um sie später gegen die französische Regierung auszuspielen. Garibaldi ist immer noch „Wach der Sicherheitspolizei“ und wurde im Laufe des Sonntag wiederum einem längeren Verhör unterworfen. Er wurde auch dem angeblichen Mussoliniantentäter Soboli gegenüber-gestellt. Dabei ergab sich, wie die Polizei vermutet hatte, Gar-